

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 148-2014
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2014.RRGR.750

Eingereicht am: 15.07.2014

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Graber (La Neuveville, SVP) (Sprecher/in)
Zuber (Moutier, PSA)

Weitere Unterschriften:

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Volkswirtschaftsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Situation der Zwergtaucher am Etang de La Noz

Der «Etang de La Noz» bei Bellelay und die umliegenden Hochmoore sind für viele Vogelarten, wie zum Beispiel den Zwergtaucher, eine für ihre Fortpflanzung wichtige Region. Der Zwergtaucher ist auf der jüngsten Roten Liste der Brutvögel als gefährdet aufgeführt und ebenfalls auf der Liste der national prioritären Arten enthalten. Zwergtaucherküken brauchen nämlich länger, bis sie selbstständig sind. Mit Jagdbeginn am 1. September sind die Eltern gezwungen, ihre von ihnen noch abhängigen Jungen vorzeitig zu verlassen. Der Jägerverband, Pro Natura, «La Libellule» und das Amt für Landwirtschaft und Natur des Kantons Bern haben daher eine Vereinbarung unterzeichnet, die vorsieht, dass der Jagdbeginn um einen Monat verschoben wird. Dieses Moratorium ist das Ergebnis eines Kompromisses zwischen den verschiedenen betroffenen Organisationen und dem Amt für Landwirtschaft und Natur. Es zeigt sich aber, dass diese Vereinbarung nicht zufriedenstellend eingehalten wird und dass sich die Situation des Zwergtauchers weiter verschlechtert hat. Nebst dem Risiko, dass diese Vogelart aussterben könnte, ist es sehr zu bedauern, dass die Zwergtaucherküken, die von ihren in Panik geratenen Eltern verlassen werden, unnötiges Leid durchmachen müssen und dem sicheren Tod ausgeliefert sind.

Der Regierungsrat wird um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Kennt er die alarmierende Situation der erwähnten Vogelart beim «Etang de La Noz»?
2. Achtet das Amt für Landwirtschaft und Natur des Kantons Bern als Unterzeichner der erwähnten Vereinbarung auf deren Einhaltung?
3. Sind zusätzliche Schutzmassnahmen geplant?